

Koalitionsvertrag in Hessen - Offener Brief an CDU und SPD

Sehr geehrte Politiker*innen der CDU Hessen,
sehr geehrte Politiker*innen der SPD Hessen,

mit Interesse und Sorge haben wir den zwischen Ihnen ausgehandelten Koalitionsvertrag zur Kenntnis genommen. Sie haben sich in den für unser Bündnis relevanten Politikfeldern im Wesentlichen an Ihrem [Sondierungspapier](#) orientiert. Nachdem Sie bisher nur Signale gesendet haben, erklärt die heutige Unterzeichnung Ihrer Koalitionsvereinbarung einen deutlichen Rückschritt in der Anerkennung und im Schutz von Minderheiten zum politischen Programm der nächsten fünf Jahre in Hessen.

Neben den fehlenden queerpolitischen Ideen sorgt die getroffene Vereinbarung aber auch in anderen Bereichen für Verunsicherung und lässt das Jahr pessimistisch enden. Besonders ausführlich gehen Sie in Ihrem Vertrag auf die Migrationspolitik ein. Sie sprechen von einer Belastungsgrenze für Geflüchtete. Mit einer "echten Rückführungsoffensive" wollen Sie "Ausreiseverpflichtungen konsequent und mit allen rechtsstaatlichen Möglichkeiten durchsetzen." Auch queere Geflüchtete werden von dieser Offensive betroffen sein – junge Menschen, die in ihrem Herkunftsland unter Repressalien leiden und nicht selten vom Tode bedroht sind. All das ignorierend, wollen Sie Menschen, die sich freiwillig dazu entscheiden, in ihr Herkunftsland zurückzukehren, eine Ausreiseberatung anbieten – ein solcher Grad an Zynismus übertrifft alles.

In unserem Schreiben vom 8. November und [in unserem offenen Brief vom 20. November](#) haben wir Ihnen während des Verhandlungsprozesses zahlreiche Hinweise gegeben, wie Hessen auch in den kommenden Jahren vielfältiger werden kann. Nichts davon findet sich in Ihrem finalen Papier wieder. Gemessen wird Ihre Koalition an dem, was sie tut und wir erlauben uns beispielhaft auf ein Thema einzugehen, das in der Debatte immer wieder zum emotionalen Brennpunkt wurde:

Noch im Juni sagte Ministerpräsident Rhein in einem Interview mit der [ZEIT](#): "Wir müssen Missstände klar ansprechen, aber wir müssen auch dafür sorgen, dass die Gesellschaft nicht auseinanderdriftet. Ich bin zum Beispiel gegen das [Gendern](#), vor allem in Schulen, Hochschulen und Behörden, aber ich akzeptiere, wenn jemand privat gendern will. Leben und leben lassen. Ich würde wegen des Genderns jetzt keinen Kulturkampf ausrufen." Später ergänzte er in einem [anderen Interview](#): "Aber ich finde es wichtig, dass niemand an einer Hochschule oder in einer Schule in einer Hausarbeit oder in einer Klausur schlechtere Noten erhält, weil er beispielsweise auf das Gendersternchen verzichtet."

Sehr geehrter Herr Ministerpräsident,

wäre es in diesem Fall nicht die bessere Lösung, an Schulen und Hochschulen das Gendern auf freiwilliger Basis zu erlauben und den Lehrenden zu untersagen, Gendern wie Nichtgendern durch schlechtere Benotung zu bewerten? Sie setzen hier den falschen Ordnungsrahmen. Sprache im Allgemeinen und Verwaltungssprache im Speziellen sollte alle Menschen ansprechen und repräsentieren, unabhängig davon, welches Geschlecht eine Person hat. Sprache formt unsere Wahrnehmung der Welt und deshalb sollte sie mit der Zeit gehen.

Ihr in diesem Zusammenhang avisierte Eingriff in die Arbeit von Journalist*innen, indem das Gendern mit Sonderzeichen auch im Rundfunk verboten werden soll, ist nicht nur in der Sache falsch, sondern auch mit Blick auf die Rundfunk- und Pressefreiheit höchst alarmierend. [Der DJV befürchtet](#) bereits eine politische und rechtswidrige Einflussnahme durch die hessische Landesregierung. Wir teilen diese Sorge ausdrücklich.

Sehr geehrte Koalitionär*innen,

trotz zahlreicher Appelle, u.a. in [unserem offenen Brief](#), der von 15 weiteren Organisationen getragen wurde, liegt nun ein Koalitionsvertrag vor, der viele Menschen in unserem Bundesland verunsichert. Als queere Demokrat*innen räumen wir Ihnen selbstverständlich das Recht und die faire Chance ein, sich zu beweisen. Wir bieten Ihnen als Vertretung der queeren Gemeinschaft unsere Bereitschaft zum Dialog an und fordern im Gegenzug von Ihnen, bei allen queerpolitisch relevanten Diskussionen angehört zu werden.

Mit freundlichen Grüßen

vielbunt e.V.

Mitunterzeichnet vom „Bündnis Vielfalt für ein starkes Hessen“:

- *Autonomes queer-feministisches Frauen||referat im AStA der Justus-Liebig-Universität*
- *DGB-Jugend Südhessen*
- *LSBT*IQ Netzwerkstelle Nordhessen*
- *Warmes Wiesbaden e.V.*
- *T*räumchen Kassel/AIDS-Hilfe Kassel e.V.*
- *"The Vegan Rainbow Project"*
- *PROUT AT WORK-Foundation*
- *FLC - Frankfurter Leder Club e.V.*
- *Lesben Informations- und Beratungsstelle e.V.*
- *LimBUNT e.V.*
- *vielbunt e.V.*
- *KANA Jugendkirche*
- *Evangelisches Stadtjugendpfarramt Wiesbaden*
- *LandesFrauenRat Hessen (LFR Hessen)*
- *Queeres Zentrum Wiesbaden e.V.*
- *Offen Queer*
- *Broken Rainbow e.V.*
- *CSD-Wiesbaden*
- *VelsPol Hessen e.V. - das queere Netzwerk für Polizei, Justiz und Zoll in Hessen*
- *dgti e.V.*
- *queerformat – pro familia Kreis Groß-Gerau*
- *LSVD Hessen e.V.*
- *pro familia Hessen gGmbH*
- *Goluboy Wagon e.V.*

Zur Erinnerung: [Wahlprüfsteine des LSVD Hessen](#) zur Wahl zum 21. Hessischen Landtag am 08. Oktober 2023

1. "Aktionsplan für Akzeptanz und Vielfalt" fortentwickeln & Förderperiode ausweiten: Der Aktionsplan muss unter Beteiligung der queeren Vereine weiterentwickelt und finanziell auskömmlich im Haushalt untersetzt werden. Die Förderperioden sollten an die Legislatur angepasst werden. Wie wollen Sie sich dafür einsetzen, dass das umgesetzt wird?
2. Hessen tritt LSBTIQ*- feindlicher Hassgewalt entgegen: Wie wollen Sie dafür sorgen, dass das Engagement des Landes Hessen gegen LSBTIQ*-feindliche Hassgewalt verbessert und der Schutz sowie die Beratung von Betroffenen nachhaltig verbessert wird?
3. Regenbogenfamilien stärken – Akzeptanz verbessern: Kinder und Eltern in Regenbogenfamilien müssen in Verwaltung, Familienhilfe, Jugendämtern, KiTas und Schulen anerkannt und gleichberechtigt gefördert werden. Was wollen Sie tun, um das Bewusstsein für einen sach- und zeitgemäßen Umgang in diesen Bereichen zu fördern?
4. Respekt und Vielfalt in Bildung & Schule voranbringen: „Geschlechtliche und sexuelle Vielfalt“ muss in Aus- und Fortbildung von pädagogischen Fachkräften verankert und Unterrichtsmaterialien LSBTIQ*-inklusiv ausgestaltet sein, bei allen, auch bei freien Schulen. Wie wollen Sie das gewährleisten und Beratungsangebote vorhalten?
5. Diskriminierungsschutz ausbauen: Werden Sie nach dem Vorbild von Berlin ein Hessisches Antidiskriminierungsgesetzes (HADG) auf den Weg bringen und die Arbeit des ADiBe Netzwerk Hessen auskömmlich finanzieren?
6. Verfassung LSBTIQ*-inklusiv ausgestalten: Werden Sie im Bundesrat die LSBTIQ*-inklusive Ergänzung von Art.3, Abs.3 Grundgesetz unterstützen, einen entsprechenden Antrag einbringen und sich auch in Hessen für eine LSBTIQ*-inklusive Ergänzung der Verfassung einsetzen?
7. Für Selbststimmung & Vielfalt im Bundesrat: Werden Sie sich für eine Modernisierung des Familien-/Abstammungsrechts einsetzen, die Regenbogenfamilien absichert und werden Sie für die geschlechtliche Selbstbestimmung von trans*, nichtbinären und intergeschlechtlich geborenen Menschen im Bundesrat stimmen?
8. Trans*, intergeschlechtlich geborene und nichtbinäre Menschen (TIN) in Hessen stärken: Wie wollen Sie sicherstellen, dass die strukturelle Benachteiligung von TIN in Verwaltung, Schule und Jugendarbeit in Verantwortung des Landes Hessen abgebaut und Selbstvertretungen nachhaltig gestärkt werden?
9. Queeres Leben im Alter fördern: Wie wollen Sie abseits des Aktionsplans dafür sorgen, dass queere Senior*innen sich in den Einrichtungen der Altenarbeit und -hilfe sicher und wertgeschätzt fühlen und ihre Teilhabe in Senior*innenvertretungen erhöht wird?
10. LSBTIQ* im Rundfunkrat und in Medienversammlung Sitz und Stimme geben: Werden Sie bis zum Ende der neuen Legislatur dafür sorgen, dass LSBTIQ* auch im Rundfunkrat des HR sowie in der Versammlung der Medienanstalt Hessen eine Vertretung bekommen?